Erläuterung/Begründung:

Der Kreistag hat unter der Drucksache Nr. 4-0101/09-II am 16.02.2009 eine Neufassung der Richtlinie zur Vergütung der Tagespflege beschlossen. Gleichzeitig beschloss der Kreistag den Geltungsbereich dieser Richtlinie. Die Richtlinie soll nun nicht nur für die vom Landkreis selbst abgeschlossenen Verträge Anwendung finden, sondern in allen Gemeinden. Zu den inhaltlichen und rechtlichen Hintergründen wird auf die Erläuterung der oben genannten Drucksache Nr. 4-0101/09-II vom 16.02.2009 (siehe Anlage) verwiesen.

Zur Umsetzung dieser Beschlusslage könnte der Landkreis sein Verfügungsrecht aus § 2 (4) des öffentlich-rechtlichen Vertrages nutzen. Da mit der Richtlinie eine erhebliche Ausgabe verbunden ist, ist eine Kostenregelung erforderlich. Diese soll mit der 2. Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages geregelt werden.

Bisher wurde für alle betreuten Kinder eine Pauschale gezahlt. Die Erstattung wird nicht mehr ausschließlich pauschal geregelt. Die Kosten der Tagespflege werden, nach Abzug der Elternbeiträge, vollständig erstattet. Für die in Kindertagesstätten oder anderen Betreuungsangeboten gemäß § 1 KitaG betreuten Kinder wird weiterhin eine Pauschale gezahlt. Diese beträgt entsprechend mündlicher Vorinformationen des Landkreises für 2009 2.000,- € pro belegtem Platz.

Die vom Landkreis vorgeschlagene Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages führt entsprechend der aktuellen Prognose der Verwaltung zu folgenden finanziellen Auswirkungen:

1. Die Einnahmen unter 45420.17200 und die Ausgaben unter 45420.76000 steigen. Da die Elternbeiträge einzuberechnen sind, ergibt sich für die Durchführung der Tagespflege ein Haushaltsausgleich.
2. Die Einnahmen unter 46400.17200 und 46402.17200 werden durch die Neuregelung der Pauschale geringfügig steigen.

Gleichzeit sollen die Auszahlungstermine für die Erstattung der Tagespflege verändert werden. Es ist vorgesehen, die Erstattung für das 4. Quartal vom 01.11. des laufenden Jahres auf den 01.02. des Folgejahres zu verschieben. Für das Jahr 2009 hat der Landkreis eine Abschlagszahlung angeboten, so dass diese Regelung für 2009 nur geringfügige Auswirkungen für die Jahresrechnung hat. Ab 2010 ist die Verbuchung der Einnahme im doppisch geführten Haushalt auch am 01.02. des Folgejahres möglich. Diese Regelung belastet den Haushalt der Stadt nicht.

Zur Zeit werden 88 Kinder in Tagespflege und 952 in Kindertagesstätten betreut. Im Haushaltsplan ist für Tagespflege und Betreuung in Kindertagesstätten insgesamt ein Defizit in Höhe von ca. 852.400,- € ausgewiesen. Durch die vorgeschlagene Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages kann sich auf Basis der aktuellen Belegung das Defizit auf ca. 786.000,- € verringern. Ob dieser rechnerische Wert tatsächlich erreicht wird, hängt von der tatsächlichen Inanspruchnahme der Plätze im weiteren Verlauf des Jahres ab.

Die im Hauptausschuss aufgetretenen Fragen werden im folgenden beantwortet:

1. Die Frage der Höhe des Entgeltes für die Versorgung, bzw. seiner Erstattung berührt die vorliegende Entscheidung nicht. Bisher wurden die Kosten der Versorgung zwischen den Erziehungsberechtigten und den Tagespflegestel-

len vereinbart und abgerechnet. Diese Regelung entspricht nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben des § 17 (1) KitaG. Die Erstattung der Aufwendungen der Tagespflegestelle für Versorgung ist nun Teil des zu erstattenden Sachaufwandes. Dieser ist in der Richtlinie nicht gesondert ausgewiesen, sondern Teil der Gesamtpauschale. Eine Regelung zur Höhe des von den Erziehungsberechtigten zu zahlenden Entgeltes ist neu zu regeln. Hierzu ist eine Änderung der Satzung der Stadt Luckenwalde zur Kindertagesbetreuung notwendig. Die Verwaltung schlägt vor, sich dabei an der Satzung des Landkreises zu orientieren. Hier wird eine Änderung aufgrund der Richtlinie zur Vergütung der Tagespflege vorbereitet.

2. Die Betreuung von mehr als 5 Kindern ist im Einzelfall genehmigungspflichtig. Das Genehmigungsverfahren obliegt dem Amt für Jugend und Soziales des Landkreises. Eine allgemeine Regelung in der Richtlinie ist aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich.
3. Die Betreuung durch Verwandte bedarf keiner eigenständigen Regelung. „Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass Kindertagespflege nach dem TAG (*Tagesbetreuungsausbaugesetz*) jedenfalls perspektivisch keine bloße Kinderbetreuung mehr ist, sondern den in § 22 (*SGB VIII*) formulierten Förderungsauftrag zu erfüllen hat und geeigneten Tagespflegepersonen vorbehalten bleibt. Werden die dafür geregelten Voraussetzungen (auch) von Großeltern erfüllt, dann wird man nicht mehr von der Erfüllung einer üblichen Verwandtenpflicht sprechen können.“ Zit.: Wiesner, Reinhard u.a.: SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe.
4. Über zusätzlichen Förderbedarf wird bisher nach §§ 27 bis 35a SGB VIII entschieden. Sofern ein schwächerer zusätzlicher Förderbedarf eingeführt werden sollte, fehlen entsprechende untersetzende Regelungen. Bis zu einer Klärung ist daher bei der Vergütung der Tagespflege eine Unterscheidung nach einem „normalem“ und/ oder einem zusätzlichem Förderbedarf nicht möglich. Es bleibt abzuwarten, ob der Bundesgesetzgeber darüber aufklärt, ob er mit dem Begriff „Förderbedarf der betreuten Kinder“ nur den zeitlichen Bedarf meint (Siehe Erläuterung zur Drucksache Nr. 4-0101/09-II des Kreistages Teltow-Fläming vom 16.02.2009).

Anlagen:

1. Entwurf der 2. Vertragsänderung zum öffentlich-rechtlichen Vertrag vom 17.04.2007 zwischen der Stadt Luckenwalde und dem Landkreis Teltow-Fläming zur Durchführung der Aufgaben nach §12 Abs. 1 KitaGesetz
2. Richtlinie zur Vergütung der Kindertagespflege gemäß § 23 SGB VIII in Verbindung mit § 18 KitaG
3. Drucksache Nr. 4-0101/09-II des Kreistages Teltow-Fläming vom 16.02.2009